

Vorwort

In der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts sind soziale, demografische, kulturelle, wirtschaftliche, wissenschaftliche, ökologische und technologische Veränderungen an der Tagesordnung und die daraus entstehenden Herausforderungen nicht wegzudenken. Das Bewusstmachen dieser Veränderungen und Herausforderungen, sowie das Verständnis dafür werden künftig Hauptaufgaben des Bildungswesens in Europa und somit auch in Österreich sein. Es wird an den Schulen und den darin Lehrenden liegen, diese durch die digitale Revolution und der Klimakrise noch zusätzlich in hohem Ausmaß beschleunigten Veränderungen zu begleiten, zu moderieren und zu diskutieren.

Im Weißbuch zur Steuerung des Schulsystems in Österreich sind u. a. Zielsetzungen zur Thematik wie folgt definiert: „Schüler und Schülerinnen sollen – unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht, Sprache, ethnischer/kultureller Herkunft, Religionszugehörigkeit und Beeinträchtigung – in den österreichischen Schulen die bestmögliche Bildung erhalten. Junge, selbstbestimmte Menschen kennen am Ende ihrer Schullaufbahn ihre Stärken und Begabungen. Sie sehen ihre Perspektiven in einer sich verändernden Gesellschaft im digitalen Zeitalter. Sie ergreifen die Chancen, die sich ihnen bieten, um ihr privates und berufliches Leben meistern zu können. Als aktive Mitglieder der Gesellschaft kennen sie ebenfalls die Bedeutung von demokratischer Mitbestimmung und Mitgestaltung.“ (BMBWF, 2019, S.5)

Zur Aufrechterhaltung unserer Kultur und des Friedens darf das Vertrauen in Demokratie und Wissenschaft in unserer Gesellschaft nicht verloren gehen. Demokratie braucht Politische Bildung. Sie ist der Schlüssel für eine funktionierende Demokratie und ihre Bedeutung wächst in Zeiten demokratiegefährdender Entwicklung und politischer Polarisierung. Die Vermittlung von Demokratiebewusstsein und Friedenskultur kann aber nicht ausschließlich über die Schulen erfolgen, es erfordert auch die Einbindung der Schulpartner aus dem gesellschafts- und sozialpolitischen Umfeld.

Hilfreiche Unterstützung in der Vermittlung demokratischer Werte ist nicht nur mit dem Referenzrahmen „Kompetenzen für demokratische Kultur – Reference Framework of Competences for Democratic Culture“ des Europarates gegeben, sondern u.a. auch im vorliegenden Taschenbuch von Gerhard Blaboll zu finden. Mit klaren Erklärungen auf Deutsch und Englisch bietet es eine allseits gut verständliche Einführung in die Geschichte, Funktionen und Herausforderungen der Demokratie.

Herzlichen Dank dafür!

Alfred Lehner, Bildungsdirektor für Burgenland

Einleitung

In mehreren meiner literarischen Romane und Kurzgeschichten, in denen ich reale, spannende Episoden aus unterschiedlichen Weltregionen erzähle, sind Demokratie, Diktatur, Gewaltenteilung oder Friedenspolitik Themen, die subtil hinter vielen Handlungssträngen stehen. Nach Lesungen aus diesen Büchern hat das Publikum üblicherweise die Möglichkeit, Fragen zu stellen und zu diskutieren. Dabei habe ich international die Erfahrung gemacht, dass diese Begriffe oft sehr frei verwendet werden und über ihre Begriffsinhalte höchst verschiedenartige Meinungen bestehen. Politische Bildung ist offenbar in keinem mir bekannten Land ein privilegierter Unterrichtsgegenstand, und wird darüber hinaus auch noch häufig mit parteipolitischer Bildung verwechselt. Mitunter werden diese Begriffe außerdem von manchen politischen Akteuren bewusst irreführend verwendet. Es ist also nicht verwunderlich, wenn Diskussionen über sie unnötig hitzig werden und das Unverständnis mit der Weltanschauung anders Denkender gelegentlich die Grenzen der Höflichkeit belastet.

Daher war meine Freude groß, als ich vor einiger Zeit von mehreren, höchst unterschiedlichen internationalen Bildungsinstitutionen eingeladen wurde, Vorlesungen zu diesen Themen zu gestalten. Hier finden Sie meine Vortragsleitfäden dazu – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ich habe mich bemüht, eine möglichst allgemein verständliche Sprache zu verwenden und bewusst auf wissenschaftliche Verweise verzichtet. Wie sich sogar bei Studenten der Politikwissenschaft gezeigt hat, kann es sich durchaus lohnen, die Kapitel trotz ihrer vermeintlichen Einfachheit und fallweiser inhaltlicher Überschneidungen zu lesen. Für alle, die sich mit einzelnen Begriffen intensiver auseinandersetzen wollen, ist das im Anhang angeführte Literaturverzeichnis sicher hilfreich.

Wer sich mit demokratiepolitisch bedenklichen Entwicklungen auseinandersetzen möchte, wie sie derzeit weltweit da und dort zu beobachten sind, wird in diesem Buch keine konkreten Beispiele finden, jedoch zahlreiche Ausgangspunkte für weitergehende Überlegungen. Einschränkungen der Pressefreiheit, Einsetzen von willfähigen (Höchst)richtern, bewusstes Überschreiten verfassungsrechtlich vorgesehener Befugnisse, gezielte Desinformation der Bevölkerung durch Lügen und „Fake News“, Schüren von Neid und Hass, Spalten von Gesellschaften, persönliche Bereicherungen durch Amtsträger, Nichtzulassen einer demokratischen Opposition, Herabwürdigen verfassungs-

rechtlicher Institutionen, Nichtrespektieren demokratischer Ergebnisse sowohl im eigenen Land wie in Nachbarländern – all das und noch viel mehr böte Stoff für eine Vielzahl an Büchern und wissenschaftlichen Abhandlungen. Doch es würde den Umfang und die Zielsetzung dieses Buches sprengen, darauf im Einzelnen einzugehen.

Demokratie – was ist das?

Die Demokratie, die oft als die effektivste Form der Staatsführung gepriesen wird, beruht auf den Grundsätzen der Vertretung und der Mitwirkung sowie des Schutzes der individuellen Rechte. Sie gibt den Bürgern die Möglichkeit, sich an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen, die ihr Leben betreffen. Die Gesundheit einer Demokratie wird jedoch nicht nur durch ihren strukturellen Rahmen bestimmt, sondern auch vom Verhalten und den Handlungen von Politikern und gesellschaftlichen Vorbildern maßgeblich beeinflusst. Zunächst werden wir uns mit dem Wesen der Demokratien befassen und die verschiedenen Risiken beleuchten, denen Demokratien durch das Handeln derjenigen ausgesetzt sind, die über Macht und Einfluss verfügen.

Das Wesen der Demokratie

Im Kern zeichnet sich die Demokratie durch die Beteiligung der Bevölkerung an der Regierung aus, in der Regel durch freie und faire Wahlen. Sie ist ein System, das den Pluralismus schätzt und das Nebeneinanderbestehen verschiedener Meinungen und Überzeugungen zulässt. Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht und Transparenz sind für eine demokratische Regierungsführung von grundlegender Bedeutung und gewährleisten, dass die Regierenden für ihre Handlungen zur Verantwortung gezogen werden. Darüber hinaus leben Demokratien vom aktiven Engagement der Bürger, die informiert und einbezogen werden müssen, um sicherzustellen, dass ihre Rechte geschützt und ihre Stimmen gehört werden.

Risiken für die Demokratie durch Politiker

Politiker sind zwar für das Funktionieren einer Demokratie unverzichtbar, ihr Handeln kann jedoch auch erhebliche Risiken bergen. Eine der größten Gefahren ist die Aushöhlung demokratischer Normen. Politiker können ihre Macht ausnutzen, um Institutionen zu untergraben, die für die Kontrolle und das Gleichgewicht sorgen sollen. Dies kann auf verschiedene Weise geschehen, z. B. durch Manipulation von Wahlen, Unterdrückung abweichender Meinungen oder Angriffe auf die Medien. Wenn Politiker persönliche oder Parteiinteressen über das Gemeinwohl stellen, können sie eine Kultur des Misstrauens und der Desillusionierung unter den Wählern schaffen.

Eine weitere Gefahr geht vom Populismus aus, bei dem sich Politiker direkt an die Massen wenden und dabei häufig die etablierten demokratischen Prozesse umgehen. Populismus kann zwar die politische Einbindung ankurbeln, er kann aber auch zur Marginalisierung von Minderheiten, also ihrer Verdrängung an den Rand der Gesellschaft und zur Untergrabung demokratischer Institutionen führen. Populistische Anführer können schnelle Lösungen für komplexe Probleme versprechen und bei ihren Anhängern ein Anspruchdenken aufbauen, während sie die Grundsätze der Beratung und des Kompromisses, die für die Demokratie unerlässlich sind, außer Acht lassen.

Die Rolle von Vorbildern

Vorbilder, darunter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Prominente und Multiplikatoren, spielen eine entscheidende Rolle bei der Prägung gesellschaftlicher Werte und Verhaltensweisen. Ihre Handlungen und Äußerungen können die allgemeine Wahrnehmung der Demokratie erheblich beeinflussen. Wenn Vorbilder antidemokratisches Verhalten an den Tag legen oder gutheißen, besteht die Gefahr, dass sie solche Vorgänge in der Bevölkerung normalisieren. Wenn einflussreiche Persönlichkeiten beispielsweise spalterische Rhetorik oder die Missachtung demokratischer Normen fördern, können sie zu einer Kultur der Intoleranz und Polarisierung beitragen.

Darüber hinaus hat der Aufstieg der sozialen Medien den Einfluss von Vorbildern verstärkt, sodass ihre Botschaften schnell ein breiteres Publikum erreichen können. Dies kann ein zweischneidiges Schwert sein: Während es demokratisches Engagement und Bewusstsein fördern kann, kann es auch Fehlinformationen verbreiten und zur Spaltung beitragen. Die Verantwortung von Vorbildern für die Wahrung demokratischer Werte ist von größter Bedeutung, da ihr Einfluss das Gefüge der Demokratie sowohl stärken als auch schwächen kann.

Politiker und andere Leitfiguren, die demokratisch erzielte Ergebnisse nicht akzeptieren oder demokratische Institutionen verleugnen, nur weil ihnen ein Resultat nicht gefällt, tragen dazu bei, dass die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung wächst, und die Demokratie als solche in Frage gestellt wird.

Kurz gesagt:

Um Demokratien zu verstehen, muss man das empfindliche Gleichgewicht zwischen den Strukturen, die sie stützen, und den Verhaltensweisen derjenigen, die in ihnen agieren, erkennen. Politiker und Vorbilder haben einen bedeutsamen Einfluss bei der Gestaltung der staatsbürgerlichen Landschaft. Sie können die Menschen inspirieren und mobilisieren, tragen in sich aber auch Risiken, die die demokratischen Grundsätze untergraben können. Es ist wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger wachsam bleiben, ihre Führungspersönlichkeiten zur Rechenschaft ziehen und Integrität und Beachtung der demokratischen Normen einfordern. Durch die Förderung einer Kultur der Verantwortung sowohl bei den Politikern als auch bei den Vorbildern können die Gesellschaften auf eine widerstandsfähigere und lebendigere Demokratie hinarbeiten, die wirklich den Willen des Volkes widerspiegelt.

Ursprünge und Entwicklung der Demokratie

Die Demokratie als Regierungssystem hat einen langen und komplexen Werdegang durchlaufen, dessen Anfänge auf antike Zivilisationen zurückgehen. Sie ist eine Regierungsform, bei der die Macht in den Händen des Volkes liegt, entweder direkt oder durch gewählte Vertreter. Die Entwicklung der Demokratie von ihren frühesten Wurzeln bis zu ihrer heutigen weltweiten Bedeutung spiegelt den Wandel der menschlichen Gesellschaften, der Ideale von Freiheit und Gleichheit und der Antworten auf die Herausforderungen der Regierungsführung wider.

Die Ursprünge der Demokratie: Das antike Griechenland

Das Konzept der Volksherrschaft lässt sich bis ins antike Athen zurückverfolgen, etwa ins 5. Jahrhundert. Athen wird oft als Geburtsort der Demokratie angesehen, wo sich unter der Führung von Personen wie Kleisthenes, Solon und Perikles ein System der direkten Beteiligung entwickelte. In der klassischen Periode führte Athen eine Form der Demokratie ein, in der freie männliche Bürger durch Versammlungen und Geschworene direkt an der Entscheidungsfindung teilnehmen konnten. Die berühmte athenische Versammlung, in der alle wahlberechtigten Bürger zusammenkamen, um über Gesetze, politische Maßnahmen und führende Persönlichkeiten zu diskutieren und abzustimmen, war eine Schlüsselinstitution, die das wesentliche demokratische Prinzip der Volkssouveränität verdeutlichte.

Die athenische Demokratie war jedoch nicht ohne Einschränkungen. Es handelte sich um eine direkte Demokratie, das heißt, die männlichen Bürger waren aktiv an der Gesetzgebung und der Rechtsprechung beteiligt, aber dieses System schloss Frauen, Sklaven und andere Nicht-Bürger aus. Trotz dieser Abstriche beeinflusste das athenische Modell das spätere demokratische Denken, indem es die Vorstellung verankerte, dass die Regierung den Willen des Volkes widerspiegeln sollte. Dieses Ideal wurde im Laufe der Zeit weitergegeben und spielte eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der demokratischen Systeme in den folgenden Jahrhunderten.

Die Römische Republik und die Saat der repräsentativen Demokratie

Während Athen die direkte Demokratie entfaltete, führte die Römische Republik, die von 509 v. Chr. bis 27 v. Chr. dauerte, Ideen ein, die später die repräsentative Demokratie beeinflussen sollten. In der Römischen Republik war die Macht auf verschiedene gewählte Amtsträger verteilt, darunter Konsuln, Tribunen und Senatoren. Der römische Senat wurde zu einem mächtigen Gremium, das eine Rolle bei der Regierungsführung spielte, auch wenn er nicht für alle Menschen repräsentativ war. Die römischen Bürger – auch hier waren Frauen, Sklaven und Ausländer ausgeschlossen – hatten das Recht, diese Beamten zu wählen, und schufen damit die Grundlage für das Konzept der gewählten Vertretung.

Obwohl die römische Republik mit dem Aufkommen der Alleinherrschaft Caesars und der späteren Gründung des römischen Kaiserreiches zusammenbrach, diente ihr Modell der gewählten Beamten und der Repräsentation als wesentlicher Vorläufer moderner demokratischer Systeme. Konzepte wie die Gewaltenteilung, die gegenseitige Kontrolle und die Bedeutung der Bürgerbeteiligung entstanden in dieser Zeit und beeinflussten die Entwicklung des politischen Denkens in späteren Jahrhunderten.

Das Mittelalter und das Konzept der Rechte

Nach dem Untergang des Römischen Reiches begann in Europa das Mittelalter, in dem Monarchien und Feudalsysteme vorherrschten. Der Gedanke der Demokratie verschwand jedoch nicht völlig. In England zum Beispiel war die 1215 unterzeichnete Magna Carta ein Schlüsselmoment für die Entfaltung der Demokratie. Sie schränkte die Macht der Monarchie ein und gab den Grundsatz vor, dass auch der König der Rechtsstaatlichkeit unterworfen ist. Die Magna Carta legte den Grundstein für künftige Entwicklungen im Bereich des Schutzes der individuellen Rechte und des Modells einer verantwortungsvollen Staatsführung.

Während des Mittelalters begann sich des Weiteren die Idee der repräsentativen Regierung zu etablieren. In England entwickelte sich das Parlament allmählich zu einem Gremium, das die Interessen sowohl des Adels als auch des einfachen Volkes vertrat. Obwohl dies noch weit von einer Demokratie im modernen Sinne entfernt war, setzte sich das Prinzip einer gesetzgebenden Körperschaft, die sich für die Anliegen der Bevölkerung engagierte, immer mehr durch.